

## Begrüßung

Liebe Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Heimatstadt Koblenz,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
werte Frau Bürgermeisterin und Dezernent,  
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat und der Verwaltung,  
verehrte Vertreter der Medien!

Mal anders, wie es uns das Protokoll vorschreibt, begrüße ich heute unserer Bürger/innen zuerst, weil wir heute in unseren Haushaltsreden über deren Geld beraten. Geld, das von den Bürger/innen mehr oder weniger freiwillig bezahlt wird, aber wohl eher unfreiwillig. Diese Menschen erwarten von uns zurecht einen ordentlichen Umgang mit ihrem Geld, das sie uns anvertrauen.

Im Vertrauen darauf, dass meine Vorredner schon alle Zahlen gesagt haben, kann ich uns eine Wiederholung ersparen, denn mein Vertrauen wurde nicht enttäuscht.

Das ist halt der Nachteil, wenn man erst als Sechster ans Rednerpult darf. Und deshalb möchte ich nicht alles Gesagte wiederholen, sondern auf ein paar Punkte näher eingehen.

Wie wir nun schon mehrfach gehört haben, schließt der Ergebnishaushalt mit knapp 10 Mio. € und der Finanzhaushalt vor dem KEF RP mit rund 13 Mio. € Überschuss ab.

Dies ist sehr erfreulich, aber dennoch im Anbetracht des Gesamtstandes der Verbindlichkeiten von 436 Mio. € bzw. Ende 2020 von 460 Mio. € dürfen wir den Sparkurs, den wir eingeschlagen haben, nicht verlassen.

Allerdings nutzt sparen alleine auch nichts, wenn wir von Bund und Land immer wieder neue Aufgaben bekommen, die nicht zu 100 % von Bund und Land bezahlt werden.

Alleine für die soziale Sicherung müssen wir rund 162 Mio. € verausgaben und bekommen gerade mal knapp 83 Mio. € zurück- laut dem Druckwerk- so dass wir die 79 Mio. € Differenz, mittlerweile sind es sogar 82.1 Mio. €, aus dem eigenen Haushalt stemmen müssen.

Vor knapp 10 Jahren haben wir in der Stadt Koblenz ein strategisches Ziel- und Kennzahlensystem eingeführt: eine Herausforderung und Chance zugleich. Eine Besserung der Situation ist aus den Kennzahlen, die die Verwaltung uns vorgelegt hat, nicht in Sicht. Als Beispiel nehme ich an dieser Stelle das Produkt 3121 „Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGBII)“:

Hier geht man in der Kennzahl bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit Anspruch nach SGB II davon aus, dass man, obwohl im Jahr 2018 nur 5.355 Personen unterstützt wurden, es in den Planungen für 2020 und folgende, 5.700 sein werden. Da fragen wir uns schon, warum machen wir diese Kennzahlen eigentlich? Nur damit wir noch mehr Papier drucken, oder wollen wir dort nicht mal Ziele festhalten? Es kann doch wirklich nicht im Interesse von uns allen sein, dass diese Zahl bei 5.700 stehen bleibt und kein Abwärtstrend zu sehen ist. Hier muss man doch versuchen, durch geeignete Maßnahmen diese Zahl nach unten zu schrauben.

Der Bereich der sozialen Sicherung nimmt mehr als 1/3 des gesamten Haushalts der Stadt Koblenz in Anspruch. Dies wird auf Dauer nicht gut gehen. Da können wir noch soviel an freiwilligen Leistungen und Personalkosten einsparen; wir werden diese Aufgaben, die uns Bund und Land aufbürden, nicht alleine stemmen können.

2019 betrug dieser Haushaltsposten noch Ausgaben in Höhe von 157,5 Mio.€ und wir bekamen 84 Mio. € erstattet.

2020 steigen diese Ausgaben auf rund 162 Mio. €, wir bekommen aber nur 83 Mio. € zurück.

Spruch: wir bekommen weniger Mittel von Land und Bund, obwohl die Ausgaben deutlich steigen.

Herr Thomas Hirsch, der stellvertretende Vorsitzende des Städtetages RLP hat vor einer Woche bei der Versammlung das gesagt und bestätigt, was ich hier auch schon Jahre predige.

Er fordert das Land auf, das Konnexitätsprinzip deutlich zu verbessern. Obwohl Gerichte entschieden haben, dass das Land mehr Geld an die Kommunen geben muss, hat sich nicht wirklich viel getan.

Jahr für Jahr sage ich immer:

Solange Bund und Land durch Gesetze und Verordnungen die Kommunen zwingen, Gelder zu verausgaben, ohne dafür einen 1:1 Ausgleich an die Kommunen zu entrichten, solange verbietet es sich von den Kommunen, Steuer- oder Abgabenerhöhungen zu fordern.

Und dies ist auch der Grund, warum ich der Erhöhung der Spielsteuer und der Einführung der Hundesteuer für gefährliche Hunde nicht zustimmen werde. Es wird endlich Zeit, dass wir lernen mit dem Geld auszukommen, was uns zur Verfügung steht. Und das sollten auch langsam mal Bund und Land lernen, als

ständig neue Gesetze und Verordnungen zu veranlassen, welche nicht bezahlbar sind.

Und deshalb fordere ich unsere Landtagsabgeordnete und unsere Bundestagsabgeordneten auf, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, damit mehr Mittel nach Koblenz fließen.

Gerade im Anbetracht der Tatsache, dass wir den ÖPNV nun wieder in städtischer Hand haben, ist es notwendig, dass der ÖPNV zur Pflichtaufgabe von Kommunen gemacht wird. Diese Meinung vertritt auch der Vorsitzende des Städtetags RLP, Michael Ebling, der dieses Vorgehen in seiner Rede am vergangenen Freitag forderte.

Und diese Forderung können wir als WGS nur voll und ganz unterstützen.

Ein Großteil der Landesregierung spricht von Klimanotstand. Hier in Koblenz möchte die linksgrüne Mehrheit am liebsten alle Autos in der Innenstadt verbieten. Wir wollen den Feinstaub nach unten bringen und weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen. Dann erwarten wir auch vom Land, dass es uns bei dieser Aufgabe unterstützt und die erheblichen Kosten, die auf uns im Bereich ÖPNV zukommen, nicht als freiwillige Leistung, sondern als Pflichtaufgabe ansieht. Es kann doch nicht sein, dass die gleichen handelnden Personen und der Landesregierung predigen, wir sollen den ÖPNV stärken und dann, wenn wir es machen wollen, den Haushalt nicht genehmigen, weil der ÖPNV eine freiwillige Leistung ist.

Hier muss sich ganz schnell was ändern.

Besonders spannend ist die Tatsache, was uns die Kultur kostet. Kultur ist wichtig und zählt zu wichtigen Standortfaktoren unserer schönen Stadt. Kultur kostet Geld, aber keine Kultur kostet auch Geld, denn Kultur ist der Spiegel der gesellschaftlichen Veränderung. Aber dennoch heißt es hier, die Zahlen fest im Blick zu halten.

Aus den Kennzahlen geht hervor, dass die Ausgaben für das Stadttheater pro Einwohner von Koblenz sich auf 101,87 € belaufen.

Schaue ich mir dazu mal im Vergleich die Zahlen von den Einrichtungen der Jugendarbeit an, also von den Orten, wo Kinder und Jugendliche sich treffen und betreut werden, wie z. B. Haus Metternich, Kurt-Esser- Haus, JuBüZ usw. Na was meinen Sie wie viel das Ergebnis je Einwohner in € ist? Gerade einmal 26,01 €. Also nur ein Viertel von dem des Theaters.

Und da müssen wir uns schon wirklich die Frage gefallen lassen, ob dies alles so seine Richtigkeit hat.

Zumal, wenn man beim Blick in die Kennzahlen im Kulturbereich schaut, ist es auffällig, dass in den kommenden Planungsjahren diese Werte steigen sollen. Die WGS-Fraktion möchte, dass die Kennzahlen bzw. der Zuschussbedarf vernünftigerweise nicht erhöht, sondern heruntergefahren werden sollte. Die jeweiligen Amtsleiter sollten nicht nur das kommende HH-Jahr, sondern auch in den folgenden Planjahren nach 2020 die Zielwerte fest im Blick haben! Nur dann machen diese Kennzahlen auch Sinn.

Herr Oberbürgermeister,

Sie haben uns aufgefordert Sparvorschläge einzureichen. Gerne nenne ich Ihnen hier und heute einige Sparvorschläge der WGS.

Dies betrifft die Musikschule. Der Zuschuss durch die Stadt beträgt pro Musikschüler 432,07 €. Hier sollte man versuchen gemeinsam mit der VHS und oder mit Lahnstein und Andernach ggf. eine Kooperation einzugehen. Dadurch würden sich gemeinsame Synergien entwickeln und Gelder einsparen lassen.

Ein weiterer Vorschlag liegt bei den Personalkosten. Wir sind der festen Überzeugung, dass das Kernelement ein effizientes Arbeiten ist.

Die Personalkosten wachsen stetig. Jahr für Jahr lediglich darauf zu hoffen, dass die Steuereinnahmen mitwachsen, reicht hier nicht aus.

Eine wesentliche Stellschraube sehen wir in der Personalentwicklung und im Personalmanagement. Seit vielen Jahren steigt die Zahl der Mitarbeiter kontinuierlich an und dies hat sicher in vielen Bereichen seine Berechtigung und ist wichtig zur Bewältigung der kommunalen Aufgaben. Dennoch müssen wir zum Kernelement eines effizienten Arbeitens gelangen. Hierzu zählt, altbewährte Prozesse und Strukturen auf den Prüfstand zu stellen und Kapazitäten kritisch zu hinterfragen. Hierzu kann die lange geplante Weiterbildungsreihe für Führungskräfte zum Thema Feedbackkultur in 2020 als erster wesentlicher Schritt gesehen werden. Umso wichtiger, dass diese Maßnahme nun endlich in Umsetzung kommt und auch eine nachhaltige und transparente Betrachtung findet. Diese Basis muss dann genutzt werden, um eine entsprechende Effizienz und damit verbundene Kostenkontrolle zu erlangen.

Und noch ein Vorschlag zum Geld sparen bzw. zusätzliche Einnahmen: Lassen Sie uns neue Grundstücke zur Bebauung ausweisen. Wir haben dringenden Bedarf an Flächen für Ein bis Zweifamilienhäuser. Die Nachfrage ist groß. Dies hätte den Vorteil, dass die Einnahmen nicht nur bei der Grundsteuer steigen würde. Die Menschen leben hier und kaufen hier ein, nutzen das Kulturangebot usw. und bringen somit zusätzliches Geld in die Stadtkasse. Sollte man mal drüber nachdenken.

Lassen Sie mich nun zu einem Thema kommen, was wohl für den Aufschlag für die derzeitige Stimmung im Rat, gesorgt hat.

Der Ausschuss Sicherheit und Ordnung, war ein erstes Kräftemessen der zwei Lager in diesem Rat. Erstaunlich nur, dass gerade von den Fraktionen, die diesen abgelehnt hatten, während der Haushaltsberatungen immer wieder Fragen gestellt wurden, die genau in so einen Ausschuss gehört hätten. Dies ist in den meiner Meinung nach sehr harmonisch verlaufenen Haushaltsberatungen immer wieder angesprochen worden und ja, ich hatte das Gefühl, dass die ablehnenden Fraktionen erkannt haben, dass wir keinen Law-and-Order- oder einen braunen Ausschuss haben wollten. Gerade weil wir uns in den Haushaltsberatungen so gut verstanden haben in diesem Punkt, stellt die WGS- Fraktion heute den Antrag, auf die Einrichtung eines Ausschusses für Sicherheit und Ordnung. Wir bitten, darüber abstimmen zu lassen, dass die Verwaltung die Vorbereitungen für die Einrichtung trifft und diese als Beschlussvorlage in der nächsten Ratssitzung vorlegt.

Zum Ende hin gestatten Sie mir bitte noch ein paar ganz persönliche Worte an Sie alle.

Die Situation im Koblenzer Stadtrat war nie so angespannt, wie sie es zur Zeit ist. Das hat unterschiedliche Gründe. Jeder von uns hat seinen ganz persönlichen Grund dafür, die Dinge so zu sehen wie er oder sie es sieht. Dennoch sollten wir uns bitte alle vor Augen halten, dass wir uns gegenseitig nur als politische Mitbewerber beim Wirken um ein Ziel sehen sollten und niemals als Feind.

Wenn jede/r für sich dies genau so sehen würde, dann können wir in der Sache uns auf Schärfste streiten, aber anschließend könnte man sich noch auf ein Bierchen an die Theke stellen und normal miteinander reden.

Lassen Sie uns alle mal unsere einzelnen Ideologien hintenanstellen, wenn wir uns hier im Ratssaal treffen, um einzig und allein für unsere Heimatstadt Koblenz Politik zu machen. Lassen wir doch alles andere, was keinen direkten Bezug zu Koblenz hat einfach mal weg. Sehen wir uns alle als 56

Kowelenzer/innen, die von den Menschen in Koblenz gewählt wurden, um für Koblenz Politik zu machen.

Ich habe große Hoffnung, dass wir im neuen Jahr vielleicht einen neuen Umgang miteinander pflegen können, in der Sache hart aber nie persönlich beleidigend, egal von welcher Seite. Und dies wünsche ich mir dann auch in den sozialen Medien.

Zum Schluss danke ich den 56 Mitgliedern, die die Wählergruppe Schupp bei der Kommunalwahl unterstützten. Danke auch an die WGS-ler, die meine Fraktionskollegen Biggi Hoernchen und David Follmann und mich in unserem ehrenamtlichen Engagement für unsere Heimatstadt in den verschiedenen Gremien unterstützen. Danke auch an an Biggi und David für die loyale Zusammenarbeit im letzten halben Jahr. So macht mir das politische Ehrenamt wieder Spaß.

Ich rufe dazu auf, dass der Teamgeist wie in der WGS mit dem Leitspruch „Wir für Koblenz“ sich auch in die Köpfe der neuen Ratsmitglieder verfestigt.